

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

und Anzeiger

Erscheint jeden Wochentag nachmittags. — Fernspr. Nr. 11.
Postfachkonto Leipzig 23 464. — Gemeindegeldkonto 14. —
Bankkonten: Commerz- und Privat-Bank Zweigstelle Hohen-
stein-Ernstthal. — Darmstädter und Nationalbank Zweig-
stelle Hohenstein-Ernstthal. — Unverlangt eingesandte
Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. — Einblendungen
ohne Namensnennung finden keine Aufnahme.

Bei Klagen, Konkursen, Bergleihen usw. wird der Brutto-
betrag in Rechnung gestellt. Im Falle höherer Gewalt —
Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes
der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungs-
einrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung
oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des
Bezugspreises.

Hohenstein-Ernstthaler Zeitung, Nachrichten und Neueste Nachrichten

Generalanzeiger für Hohenstein-Ernstthal mit Hilttengrund, Oberlungwitz, Gersdorf,
Hermesdorf, Bernsdorf, Mülsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Langenschürsdorf, Reichen-
bach, Callenberg, Grumbach, Tirschtal, Rufschnappel, St. Egidien, Wästenbrand, Grüna,
Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleiße und Rufschorf.



Dieses Blatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts,
des Finanzamts und des Stadtrats zu Hohenstein-Ernstthal, sowie der Behörden der
umliegenden Ortschaften behördlicherseits bestimmte Blatt.

Druck und Verlag von Dr. Alban Frisch.

Nr. 89

Der Preis der einpolaren Anzeigenseite beträgt 15,
der Restamtsseite 45 Goldpfennige. Für den Nachweis
werden 10 Goldpfennige berechnet.

Sonnabend, den 16. April 1927

Wochenpreis halbmöndlich zu Goldpfennigen
einschließlich Trägertlohn.

77. Jahrg.

Die Lage in China

Spaltung der Südm chinesen

Die Ereignisse in China sind in den letzten Tagen in ein neues Stadium getreten. Drei Wochen lang hat man über die innerchinesische Entwicklung und Auseinandersetzung nichts Neues mehr erfahren. Die englischen, französischen, amerikanischen und japanischen Kabel, denen sich die deutsche Presse leider ja bedienen muß, wußten nur Nachrichten zu übermitteln, die sich mit der Spannung der Fremdmächte gegenüber den Chinesen anlässlich der Plünderung des britischen Konsulats in Nanking und den Zusammenstößen der Chinesen mit Landungstruppen oder mit den Hausjungen in der russischen Botschaft in Peking befaßten. Daran sind diese Länder besonders interessiert, und so überging man die Entwicklung im Innern Chinas, die wohl in diesen drei Wochen ein wenig geäußert haben mag, aber nur, um so im stillen Vorbereitungen für die kommenden Ereignisse zu treffen. Die unter Tschangtschajins Oberbefehl stehende Nordarmee hatte am 20. März infolge der katastrophalen Niederlage der Schantungarmee unter Tschangtschajins Schanghai und wenige Tage darauf auch Nanking aufgeben müssen und war wohl noch 200 Kilometer weiter zurückgewichen. Schon tauchten großartige Pläne der siegreichen Kantonesen auf, über Schanghai und Nanking den Vormarsch auf Peking anzutreten. Andererseits allerdings sollten auch schon Verhandlungen zwischen Nord und Süd geführt worden sein. Beides hat sich nicht bestätigt. Vor etwa acht Tagen hat das erste Zusammentreffen zwischen Nordarmee und Kantonesen stattgefunden und seitdem sind die von Suntschuanfang befehligten Nordtruppen in außergewöhnlich raschem Vormarsch und bedrohten Nanking bereits auf das schwerste. Für sie mag die Uneinigkeit der Kantonesen, der Kuomintangpartei, in der sich die Nationalisten und die Bolschewisten um die Führung streiten, ein wertvoller Bundesgenosse sein. Diese Gefahr wird natürlich auch von kantonesischer Seite erkannt und man versucht, ihr entgegenzuarbeiten. Tschangtschajin will einen Einigungsversuch unternehmen. Und Moskau hat eine besondere sowjetrussische Militärkommission nach Schanghai auf den Weg gebracht, deren Aufgabe die Reorganisation der Kantonesen sein soll. Ob diese Maßnahmen Erfolg haben werden, läßt sich natürlich von hier aus nicht beurteilen. Soviel steht aber fest, daß die Entwicklung in China noch lange nicht abgeschlossen ist und daß sie möglicherweise große Erschütterungen mit sich bringen kann.

Die Konferenz von Nanking gegen die Kommunisten

General Tschangtschajin hatte für Freitag eine Zusammenkunft nach Nanking einberufen, um die inneren Zwistigkeiten des Kuo-Min-Tang endgültig zum Austrag zu bringen; u. a. sollte über die Frage entschieden werden, ob die Hauptstadt von Hankau nach Nanking verlegt werden soll und ob Tschangtschajin oder Borodin die Partei beherrschen wird, oder ob es zu einer endgültigen Spaltung zwischen den Hankauer Kommunisten und den Gemäßigten von Nanking kommen wird.

Obwohl die Konferenz nominell von Tschangtschajin einberufen wurde, so ist doch der tatsächliche Urheber Wangtschingwai, der kürzlich von Schanghai aus einen Aufruf erließ, worin er die gegenständlichen Gruppen ermahnte, ihre Meinungsverschiedenheiten im Interesse einer Einheitsfront gegen Nordchina und gegen den ausländischen Imperialismus zurückzustellen. Viele Chinesen in Schanghai allerdings glauben, daß Wangtschingwai durch diesen Auf-

ruf eingebüßt habe und daß weder die Kommunisten noch die Gemäßigten zu einer Einigung bereit sind. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß die Mehrheit der Teilnehmer an dieser Konferenz aus kommunistischen Führern bestehen wird, die zu General Tschangtschajin halten.

Die Konferenz hat nun ihren zu den Gemäßigten gehörenden Einberufer recht gegeben und über die tiefgehenden Differenzen in der Kuomintangpartei in der Richtung entschieden, daß sie sich von den bolschewistischen Ideen, als deren Verfechter in erster Linie Borodin gilt, los sagte, wie die nachstehenden Meldungen bezeugen:

Nanking, 15. April

Das Zentralkontrollkomitee der Kuomintang verurteilt in einer Entscheidung das Hankauer Regime und fordert die Festnahme zahlreicher extremer Führer in Hankau als Störer der öffentlichen Ordnung in China. Zu den letzteren gehören Borodin, Justizminister Hsü Chen und Chan Touhsu, der Führer der kommunistischen Partei. Eugen Tschien ist nicht genannt worden, da er nicht als Kommunist, sondern als Werkzeug Borodins angesehen wird. Die Entscheidung stellt die endgültige Spaltung der Kuomintang dar.

Paris, 15. April.

Nach den letzten hier vorliegenden Meldungen wurde die in Schanghai von extremen Elementen der Kuomintang gebildete Regierung am 14. April aufgelöst und die Mitglieder der Regierung, die sich nicht fügen wollten, eingesperrt. Das Gebäude der Kuomintang wurde militärisch besetzt und die extremen Elemente aus der Partei ausgeschlossen.

Dieser Sieg des nationalistischen Elementes bedeutet nun natürlich nicht etwa das Verschwinden der Radikalen. Die Kommunisten haben schon vor der Konferenz von einer zu erwartenden einseitigen Zusammenfassung dieser Konferenz gesprochen und bezeichnend ist in diesem Zusammenhang eine Meldung des Organes der kommunistischen Partei Frankreichs, der Humante, die die Ankündigung der Konferenz mit dem Hinweis dementierte, daß Tschangtschajin überhaupt nicht die Machtbefugnisse für eine solche Einberufung hätte. Das deutete schon von vornherein darauf hin, daß die Kommunisten keinesfalls mit einer gegen sie fallenden Entscheidung der Konferenz einverstanden sein werden. Der Kampf zwischen Gemäßigten und Bolschewisten wird also weitergehen, nur wird er annehmbar nicht mehr innerhalb der Kuomintangpartei geführt werden, sondern man wird mit der Gründung einer neuen, ausgesprochen kommunistischen Partei zu rechnen haben, die der nunmehr als rein gemäßigten anzusehenden Kuomintangpartei gegenüber treten wird. Wie beide Parteien sich im einzelnen einstellen werden, bleibt abzuwarten. Insbesondere wird sich erst noch zu zeigen haben, was an jenen Meldungen Wahres ist, die von einer Verständigung zwischen den gemäßigten Elementen Südmchinas und der Nordregierung Tschangtschajins zu berichten wissen. Die militärische Lage ist nach den letzten Meldungen ziemlich undurchsichtig geworden. Teils scheint es, als ob der Vormarsch der Nordarmee zum Stillstand gebracht worden wäre, teils wird von einem weiteren siegreichen Vordringen dieser Nordarmee berichtet.

Militärdiktatur in Peking?

London, 15. April

In Peking ist eine Militärregierung unter der Diktatur Marshall Tschangtschajins mit Yang-Tu-Ting als Ministerpräsidenten in Bildung begriffen. Das Ministerium an sich wird nur ein Kabinettkabinet darstellen. Zum ersten Male soll auch ein Arbeitsminister ernannt werden.

Die Antwort Tschens auf die Kollektivnote wegen der Nanking Zwischenfälle

Schanghai, 15. April

In der Antwort des Ministers des Außen der Kantongregierung, Tschien, auf die Note der Vereinigten Staaten, die sich im wesentlichen mit den gleichzeitig überreichten Antworten an die anderen Mächte deckt, heißt es:

Die Nationalregierung ist bereit, den gesamten, dem amerikanischen Konsulat in Nanking zugefügten Schaden wieder gutzumachen, gleiches, ob dieser durch Nordrebell oder andere verursacht wurde. Bezüglich der Frage der Reparationen für persönliche Verletzungen amerikanischer Untertanen und Sachschaden ist die Nationalregierung bereit, alle angemessene und notwendige Reparation zu leisten, in den Fällen, wo zweifelsfrei bewiesen wird, daß sie verursacht wurden durch die britischen britischer und amerikanischer Kriegs- am 24. März oder durch Nordrebell, die als Lockpfeil handelten. Die Nationalregierung schlägt vor, daß die Frage der Bestrafung der Schuldigen nach den vorliegenden Ergebnissen der augenblicklich im Gange befindlichen Regierungsuntersuchung oder der Untersuchung durch eine internationale Kommission, die sofort von den Vereinigten Staaten und der Nationalregierung eingesetzt werden soll, erörtert wird. Die Nationalregierung schlägt vor, daß die Untersuchungskommission auch die Umstände der Beschießung der unbefestigten Stadt Nanking durch die Flottenstreitkräfte der Vereinigten Staaten am 24. März untersucht. Die Forderung nach einer schriftlichen Entschuldigung durch den Oberbefehlshaber der Nationalarmee ist gerechtfertigt, wenn die Schuld der Nationalisten für die Unruhen in Nanking bewiesen wird. Die Nationalregierung schlägt daher vor, für die Frage der Entschuldigung ebenfalls die Klärung der Schuldfrage, sei es durch die augenblicklich im Gange befindliche Regierungsuntersuchung oder durch die vorgeschlagene internationale Kommission abzuwarten. Inzwischen wiederholt die Nationalregierung den Ausdruck des Bedauerns wegen der Verletzung des amerikanischen Konsulates in Nanking. Die Nationalregierung als verantwortliche Behörde billigt nicht, daß in irgendeiner Gestalt gegen das Leben und Eigentum von Ausländern Gewalt angewendet oder agitiert wird. Die Behörden der Nationalarmee werden angewiesen werden, darauf hinzuwirken, daß wirksame Maßnahmen getroffen werden, um Ausländern angemessenen Schutz zu gewähren. Die Nationalregierung würde es jedoch an Offenheit fehlen lassen, wenn sie es unterließ, zu betonen, daß nach ihrer Ansicht die unbilligen Verträge die Hauptgefahr für das Leben und Eigentum der Ausländer in China bilden. Die Nationalregierung ist daher gern bereit, Delegierte zu ernennen, um mit den Vereinigten Staaten eine befriedigende Regelung der zwischen Nationalchina und Amerika schwebenden Fragen und Meinungsverschiedenheiten herbeizuführen unter Bedingungen, die die rechtmäßigen Interessen beider Länder und die Gegenseitigkeit ihrer Beziehungen sichern.

Vor einem Ost-Locarno?

Von unserem Berliner Vertreter

Berlin, 16. April

Zwischen der Moskauer Regierung und den Kabinetten der baltischen Staaten schwebt bekanntlich seit einiger Zeit politische und wirtschaftliche Verhandlungen. Im Rahmen dieser Besprechungen ist nun der Gedanke einer Sicherung der Grenzen von Litauen, Estland und Lettland aufgetaucht. Die Regierungen der baltischen Staaten haben, wie wir erfahren, jetzt in Moskau offiziell den Vorschlag gemacht, daß die Moskauer Regierung die gegenwärtigen Grenzen dieser Staaten garantieren möge. Als Gegenleistung wollen Lettland, Litauen und Estland sich Rußland gegenüber verpflichten, im Falle eines kriegerischen Konfliktes Sowjetrußlands mit einer anderen Macht Neutralität zu wahren. In Moskau hat man, wie aus einer offiziellen Verlautbarung der „Iswestija“ hervorgeht, diesen Vorschlag mit großem Interesse aufgenommen und die Sowjetregierung scheint nicht abgeneigt zu sein, dem Angebot der baltischen Staaten näher zu treten. Wie es heißt, hat die litauische Regierung den Gedanken eines derartigen Sicherheitspaktes angeregt, der von Lettland und Estland beifällig aufgenommen worden ist. In Litauen bestreitet man offensichtlich, daß unter Umständen Polen zu gegebener Zeit wiederum einen militärischen Handstreich auf litauisches Gebiet ausführen könnte. Es sei nur daran erinnert, daß Polen das Gebiet von Wilna seinerzeit auf diese Weise unrechtmäßig in Besitz genommen hat. In Polen verfolgt man nun die Bestrebungen der litauischen Staaten, mit Rußland einen Sicherheitspakt abzuschließen, mit großem Interesse und man ist jetzt befreit, ein derartiges Ost-Locarno auch auf Polen auszudehnen. Von polnischer diplomatischer Seite hören wir, daß im Auftrage des Warschauer Kabinetts der polnische Gesandte in Moskau dem Volkskommissariat für Auswärtiges den Vorschlag gemacht hat, auch Polen in die Sicherheitsverhandlungen der Sowjetregierung mit den baltischen Staaten einzubeziehen. In Moskau scheint man nun dieser Frage näherzutreten zu wollen und aus diesem Grunde werden dort in der Presse Führer ausgestreckt, wie sich Deutschland zu einem derartigen Pakt stellen würde, d. h. ob es bereit wäre, ein Ost-Locarno mit den baltischen Staaten und auch mit Polen abzuschließen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung mit der polnischen Regierung ein derartiges Abkommen nicht treffen kann, was ja die Anerkennung der Westgrenzen Polens, also auch des polnischen Korridors in Ostpreußen, bedeuten würde. Im Rahmen der Locarnoverträge hat Deutschland sich lediglich verpflichtet, eine gewaltsame Aenderung seiner Ostgrenze nicht herbeizuführen. Deutschland wird nun aber auf Grund der Locarno-Abmachungen keineswegs auf sein Recht verzichten, zu gegebener Zeit eine Revision seiner Ostgrenze zur Sprache zu bringen. Eine derartige Aktion dürfte nicht über den Völkerbund erfolgen, sondern auf Grund direkter Verhandlungen zwischen Berlin und Warschau. Damit ist der deutsche Standpunkt klar umrissen und die Reichsregierung wird es unter allen Umständen ablehnen, sich an einem Ost-Locarno zu beteiligen, das Polen seine Westgrenze garantieren würde. Einer Teilnahme Deutschlands an einem Sicherheitspakt zwischen Rußland und den baltischen Staaten könnte dagegen eher nähergetreten werden.

Russischerseits dürfte man dieser Politik der Reichsregierung volles Verständnis entgegenbringen und der von den baltischen Staaten angeregte Sicherheitspakt wird also, wenn eine Beteiligung Deutschlands erwünscht ist, nur unter Ausschluß Polens zum Abschluß gelangen können.